

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der BAG Brunnenstraße 128 13355 Berlin

## Pressemeldung BAG kommunaler Frauenbüros

Berlin, 01. Juni 2016

### **BAG fordert: Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer endlich gesetzlich verankern**

Warum verdienen die Frauen in Deutschland immer noch durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer?

Seit vielen Jahren wird darüber diskutiert, wie die Entgeltlücke geschlossen werden kann. Ein Schritt in die richtige Richtung: Das im März 2015 verabschiedete Bundesgesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen. Es ist ein Meilenstein, weil es festlegt, dass 30 Prozent der Führungspositionen in Aufsichtsräten, Vorständen und im Öffentlichen Dienst mit Frauen besetzt werden müssen

#### **Jetzt müssen die nächsten Schritte folgen:**

Wir unterstützen das Vorhaben von Bundesfamilienministerin, Manuela Schwesig, das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit in das Gesetzesverfahren einzubringen. Es schafft konkrete Instrumente und Strukturen, um das Prinzip Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit endlich umzusetzen.

*Wer dieses verhindern oder verwässern will, zementiert die Benachteiligung von Frauen*

#### **Über Geld spricht man nicht? Wir schon!**

Bislang führt die Tabuisierung des Gehalts dazu, dass Frauen ihre Gehaltsforderungen zaghafter formulieren als Männer. Gravierende Unterschiede in der Bezahlung können nicht aufgedeckt werden. Gute Arbeitgeber schaffen längst transparente Vergütungsstrukturen und profitieren von einer offenen Unternehmenskultur. Für sie gibt es keinen Grund, die Veröffentlichung ihrer Bilanzen in Sachen Geschlechtergerechtigkeit zu scheuen.

#### **Koalitionsvertrag muss umgesetzt werden!**

Das Gesetzesvorhaben beinhaltet drei Instrumente: die Festlegung eines individuellen Auskunftsanspruchs für Beschäftigte; die Einführung einer Pflicht für Teile der Bundesverwaltung und Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit; sowie die Einführung einer Berichtspflicht für diese Unternehmen über Frauenförderung und Entgeltgleichheit. Darüber hinaus legt das geplante Gesetz fest, dass in Stellenanzeigen das Mindestentgelt angegeben werden muss und dass Verschwiegenheitsklauseln, die verbieten, über das eigene Gehalts zu sprechen, nichtig sind.

### Sprecherinnengremium

- Martina Arndts-Haupt**  
Stadt Münster  
Leiterin des Frauenbüros  
Tel 02 51 - 4 92 17 00  
arndtshm@stadt-muenster.de
- Roswitha Bocklage**  
Stadt Wuppertal  
Gleichstellungsstelle für Frau und Mann  
Tel 0 20 2 - 5 63 53 70  
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de
- Petra Borrmann**  
Stadt Delmenhorst  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 42 21 - 99 11 87  
petra.borrmann@delmenhorst.de
- Beate Ebeling**  
Stadt Wolfsburg  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 53 61 - 28 27 62  
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de
- Heike Gerstenberger**  
Bezirksamt Pankow von Berlin  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 30 - 9 02 95 23 05  
heike.gerstenberger@ba-pankow.berlin.de
- Brigitte Kowas**  
Bezirksamt Reinickendorf von Berlin  
Frauenbeauftragte  
Tel 0 30 - 9 02 94 23 09  
brigitte.kowas@reinickendorf.berlin.de
- Susanne Löb**  
Landkreis Wolfenbüttel  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 53 31 - 8 42 53  
s.loeb@lk-wf.de
- Katrin Morof**  
Landkreis Helmstedt  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 53 51 - 1 21 12 12  
gleichstellungsbeauftragte@landkreis-helmstedt.de
- Annette Niesyto**  
Stadt Karlsruhe  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 07 21 - 1 33 30 60  
annette.niesyto@zjd.karlsruhe.de
- Inge Trame**  
Stadt Gütersloh  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 52 41- 82 20 80  
inge.trame@gt-net.de
- Saskia Veit-Prang**  
Landeshauptstadt Wiesbaden  
Frauenbeauftragte  
Tel 06 11 - 31 24 49  
saskia.veit-prang@wiesbaden.de

Die Bewertung von Arbeit ist ein gesamtgesellschaftliches Thema. Es ist höchste Zeit, dass seitens der Bundesregierung klare Zeichen gegen die Schlechterstellung von Frauen gesetzt werden. Andere Länder sind darin Deutschland weit voraus.

**Die BAG kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter Deutschlands fordert:**

- Setzen sie der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männer endgültig ein Ende!
- Verabschieden Sie ein verbindliches Gesetz, dass tatsächlich Lohngerechtigkeit schafft !
- Beziehen Sie möglichst viele, auch kleinere, Unternehmen ein, damit möglichst viele Arbeitnehmerinnen von der Lohngleichheit profitieren.

Brigitte Kowas

für die Bundessprecherinnen